

Gastbeitrag des französischen Senatspräsidenten zum Europatag

Senate Europas: Gleichgewicht der Kräfte, Stimme der Regionen



© Andreas Krüger

Warum zweite Kammern wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind und vor welchen Herausforderungen sie im krisengeschüttelten Europa stehen, erläutert der Präsident des Französischen Senats, Gérard Larcher, in einem Gastbeitrag, den neben Bundesratspräsident Daniel Günther elf weitere Präsidenten europäischer Senate unterzeichneten.

14 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie die Schweiz, Bosnien-Herzegowina und die Russische Föderation verfügen über ein System mit zwei Parlamentskammern. Die zweiten Kammern werden auch Senate genannt. Im Jahr 2000 haben sie sich zur Vereinigung der Senate Europas zusammengeschlossen; auch der Bundesrat gehört ihr an.

Aus Anlass des Europatages am 9. Mai geht der Präsident des Senats der Französischen Republik, Gérard Larcher, in folgendem Artikel - der zeitgleich in mehreren Ländern erscheint - auf die Bedeutung zweiter Kammer in der parlamentarischen Demokratie ein. Er beschreibt ihre Aufgaben und Handlungsnotwendigkeiten für Gegenwart und Zukunft und gibt einen Ausblick auf die anstehende Tagung der Vereinigung der Senate Europas Mitte Juni in Paris.

Zweite Kammern - Bollwerk gegen Gewaltenkonzentration

So unterschiedlich die Zusammensetzung der Senate Europas auch sein mag, eines haben sie gemeinsam: Sie bereichern die Demokratie in ihren jeweiligen Ländern.



Der französische Senatspräsident Gérard Larcher

© dpa | Yuri Kochetkov

Die Zusammensetzung der zweiten Parlamentskammern ist in jedem Land unterschiedlich; in manchen Ländern vertreten ihre Mitglieder die Regionen oder sogenannte Mittlerinstanzen, in anderen die Berufsverbände oder die Zivilgesellschaft. In wieder anderen Ländern, in denen die Zusammensetzung der zweiten Kammern auf dem Mehrheitswahlrecht beruht, können sie die jeweilige Regierungsmehrheit stärken und stabilisieren.

Die Mitglieder der zweiten Kammern gewährleisten Nähe zu den Bürgern, den lokalen Volksvertretern und den gesellschaftlichen Akteuren. Sie sind die Stimme der Regionen und der Mittlerinstanzen, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften zwingend erforderlich ist. In ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung und der Verschiedenartigkeit der Wahlsysteme sind die Senate mit der konkreten Realität vor Ort und dem Alltag der Bürger vertraut. Sie bilden ein Bollwerk gegen übermäßige Gewaltenkonzentration und gegen die Versuchung, die Exekutive zu rezentralisieren. Häufig sind sie auch das notwendige Gegengewicht im politischen Entscheidungsprozess.

Auf diese Weise tragen die Senate zum nationalen, territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt bei. Es geht keineswegs darum, die zentrale und die lokale Ebene als Gegenpole zu inszenieren, sondern vielmehr darum, stets die Komplementarität zu suchen und zu gestalten. Diese ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Zusammenleben in unseren immer stärker gespaltenen Gesellschaften.

Garanten des Ausgleichs

Es liegt in der DNA der Senate, unabhängig zu sein. Dazu gehört auch ihre Rolle als Vermittler. Aufgabe ihrer Mitglieder ist es, Debatten über die Gesetzgebung und die parlamentarische Kontrolle vor dem Hintergrund jener Gegensätzlichkeit zu führen, die alle parlamentarischen Demokratien eint, nämlich die Unterstützung oder aber die Ablehnung des Regierungshandelns.

Institutionell betrachtet können die zweiten Kammern im Einzelfall einer stärkeren Parteidisziplin unterworfen sein. Ihre Mitglieder können Vorschläge machen und Denkanstöße geben indem sie die Herausforderungen der Gegenwart objektiv identifizieren oder mit einer gewissen Distanz zu den Strömungen der Zeit auch Zukunftsperspektiven aufzeigen. Das Zweikammersystem ist Sinnbild dieser notwendigen Komplementarität, die eine bessere Kontrolle des Regierungshandelns ermöglicht. Damit trägt es zum Gleichgewicht der Kräfte bei und gewährleistet die Qualität der Gesetze sowie die Achtung von Rechtsstaat-

lichkeit und Grundrechten. Auf diesen Prinzipien basiert die Zusammenarbeit der Senate Europas.

Die Vereinigung der Senate Europas hat sich im Jahre 2000 in Paris mit dem Ziel gegründet, das Zweikammersystem zu fördern. Mittlerweile gehören ihr 14 Kammern von EU-Mitgliedstaaten sowie die „Senate“ von Bosnien und Herzegowina, der Russischen Föderation und der Schweiz an.

Gemeinsame Verantwortung für mehr Bürgernähe

Die wachsende Bedeutung von Fachwissen, die fehlende Effizienz der Antworten auf aktuelle Herausforderungen - dazu gehören vor allem Umweltfragen, wirtschaftliche und soziale Probleme, Terrorismus, die Sicherheit in Europa angesichts der Bedrohungen von außen sowie die Migrationsproblematik - und die durch neue Medien und soziale Netzwerke beförderte Tyrannei des Augenblicks sind Faktoren, die die Bürger immer weiter von ihren Repräsentanten entfernen. Wenn wir nicht rechtzeitig reagieren, kann dies das Bestehen unserer Demokratien in Gefahr bringen. Wir wissen, dass Demokratien nicht unsterblich sind!

Dieser Herausforderung möchte sich die parlamentarische Diplomatie stellen und dieses Ziel werden auch die Präsidentinnen und Präsidenten der Senate Europas bei ihrem im Juni anstehenden Treffen in Paris verfolgen.

Wir, die Senate Europas, haben eine Aufgabe und eine Verantwortung:

die Europäische Union in den 14 Staaten, die Mitglieder der Vereinigung sind, wieder näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzubringen und ihr Handeln effektiver, bürgernäher und verständlicher zu gestalten.

Völkerverständigung über die EU hinaus

Dabei kann die parlamentarische Diplomatie mehr noch als bisher eine wichtige Rolle übernehmen und den Dialog zwischen den Staaten und die Verständigung der Völker untereinander fördern.

Wir stehen vor Europawahlen, die von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Europas sind. Europa befindet sich in einer äußerst schweren Krise, denn der entstandene Vertrauensverlust hat die europäischen Ideale geschwächt. Das Europa der Hoffnung ist in gefährlicher Weise dem Europa des Misstrauens gewichen.

Bei unserer Sitzung im Juni werden wir zum ersten Mal einen Dialog mit den Senaten afrikanischer Länder führen. Dabei werden wir unseren Willen bekräftigen, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen und den afrikanischen Parlamenten zu festigen und weiter auszubauen. Durch die stärkere Zusammenarbeit und einen erweiterten Dialog mit dem afrikanischen Kontinent können wir Lösungen für eine Vielzahl von Herausforderungen finden: Entwicklung und Klima, Krisenbewältigung, ethnische oder religiöse Auseinandersetzungen, Bevölkerungswachstum und Migrationskrise. Dies ist auch dringend erforderlich, denn sonst gehen dem afrikanischen Kontinent viele aktive Kräfte verloren, die er für den Aufbau seiner Zukunft benötigt.

Bei seinen Nachbarn im Süden wie im Osten steht Europa vor großen Herausforderungen. Um Europa seinen Bürgern wieder näher zu bringen, bedarf es wirksamer Antworten auf europäischer Ebene. Dabei gilt es, die europäische Einheit zu bewahren und keine Kluft zwischen dem Norden und dem Süden, dem Osten und dem Westen Europas zu schaffen. Hierbei kommt den nationalen Parlamenten und ganz besonders den Senaten eine wichtige Aufgabe zu.

Das Zweikammersystem ist eine Chance, sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen. In diesem Geiste werden die Senate Europas im Frühjahr in Paris zu ihrer nächsten Sitzung zusammenkommen.

Daniel GÜNTHER Präsident des Bundesrates Deutschland	Ingo APPÉ Präsident des Bundesrates Österreich	Jacques BROTCHE Präsident des Senats Belgien
Pío GARCÍA-ESCUADERO Präsident des Senats Spanien	Gérard LARCHER Präsident des Senats Frankreich	Maria Elisabetta ALBERTI CASELLATI Präsidentin des Senats Italien
Denis O'DONOVAN Präsident des Senats Irland	Ankie BROEKERS-KNOL Präsidentin des Senats Niederlande	Stanislaw KARCZEWSKI Marschall des Senats Polen
Calin POPESCU-TARICEANU Präsident des Senats Rumänien	Alojz KOVSCA Präsident des Nationalrates Slowenien	Jaroslav KUBERA Präsident des Senats Tschechische Republik

Stand 09.05.2019

Mehr zum Thema:

[SENATEUROPE](#)

[Sénat](#)

Das könnte Sie auch interessieren:



Deutsch-französische Freundschaft

Bundesrat und Senat besiegeln Stärkung ihrer Zusammenarbeit in Paris